

## **Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014, Piratenpartei Leipzig**

### **1) Wie stehen Sie selbst zum Thema Privatsphäre und der Wechselwirkung zwischen Freiheit und Sicherheit?**

Der private Bereich gehört unangetastet. Er ist ein Rückzugsraum, in den Menschen zurückweichen können, um sich von sozialem Stress zu erholen. Sicherheit darf Freiheit nur in dem Maße einschränken, wie es für das Zusammenleben in der Gesellschaft absolut notwendig ist. Freiheit heißt, von anderen akzeptiert zu werden, wie auch andere zu akzeptieren.

Dabei darf auch der nicht-private Bereich nicht vergessen werden, der ebenso einen hohen Schutz genießen muss, beispielsweise die Arbeit von Journalisten, Anwälten, Seelsorgern, Gewerkschaften und politischen Bewegungen. Auch hier greifen Überwachungsmaßnahmen unverhältnismäßig oft und tief ein.

### **2) Welche Stellung hat das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung heute noch, d. h. vor dem Hintergrund von Zensus, Vorratsdatenspeicherung und der NSA-Affäre?**

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist eine notwendige Voraussetzung der Demokratie – wer sich überwacht fühlt, ist gehemmt, seine Rolle als mündiger Bürger auszuüben. Und gerade jetzt muß diesem Grundrecht eine herausgehobene Stellung zukommen.

Die Volkszählung ist ein Wunsch-Instrument der Statistiker, um Bevölkerungsdaten zu erheben und planerisch sowie politisch auszuwerten. Jedoch fordern wir, Alternativen zu finden, die verhindern, dass Bürger unter Zwang und ohne Anonymität Auskunft über ihre höchstpersönlichsten Lebensverhältnisse geben müssen.

Davon abgesehen gibt es in unserer Gesellschaft nur eine "NSA-Affäre", sondern ein generelles Überwachungsproblem. Die seit 2013 bekanntgewordenen Überwachungsaktivitäten durch Geheimdienste sind viel umfassender als dass man sie nur auf die Tätigkeit der NSA reduzieren kann.

### **3) Die Parteien nehmen in herausgehobener Weise am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung teil. Wie will Ihre Partei den Austausch über die Themen Sicherheit, Freiheit, Privatsphäre und Datenschutz führen bzw. unterstützen?**

Die genannten Themen sind unsere sogenannten Kernthemen und der Grund, warum sich

die Piratenpartei einst gründete. Insofern haben diese Themen natürlich einen besonderen Stellenwert in unserer politischen Arbeit. Wir führen einen ständigen Austausch und unterstützen die öffentliche Meinungsbildung. Nicht nur indem wir Alternativen zu Grundrechtseingriffen aufzeigen, sondern auch indem eine aktive Opposition zu der nicht erst seit 2001 vorherrschenden, sicherheitsbetonten Politik bieten.

#### **4) Wie will Ihre Partei die Daten der Leipziger Bürgerinnen und Bürger vor Meldedatenhandel, RFID-Chips und Überwachung schützen?**

In allererster Linie durch stetige Aufklärung, auch mit thematischen öffentlichen Veranstaltungen und Workshops. Wenn die Leipziger verstehen, welchen Wert ihre Daten haben, wächst vielleicht auch das Bewußtsein, wo sie ihre Daten anderen zur Verfügung stellen und wie sie dies, etwa durch Widersprüche, verhindern können.

Gegen aktive RFID-Chips müssen Bundesgesetze eingebracht werden, diese Problematik lässt sich auf kommunaler Ebene nicht lösen. Denkbar wäre, daß RFID-Chips beim Verlassen des Ladens oder der Einrichtung zu deaktivieren bzw. zu zerstören sind. Das Problem liegt hier aber auch darin, daß RFID-Chips schon innerhalb des Ladens Rückschlüsse auf eine Person zulassen, indem z.B. der Weg des Kunden durch das Kaufhaus verfolgt wird bzw. indem die RFID-gechipte, erworbene Ware mit den ec-Kartendaten des Kunden verknüpft wird.

#### **5) Wie steht Ihre Partei zum Thema Kameraüberwachung und Funkzellenabfrage?**

Die Überwachung durch Kameras und die Abfrage von Funkzellendaten haben sich nicht nur als ineffektive Instrumente für die Strafverfolgung herausgestellt, darüber hinaus gaukeln sie auch noch eine Sicherheit durch Abschreckung vor, die nicht existiert. Deshalb gilt für die Piratenpartei ganz klar: Überwachung stoppen! Für Leipzig bedeutet das konkret, dass sowohl die Kameraüberwachung in den Bussen und Bahnen der LVB als auch die Kameras im öffentlichen Raum abzuschalten sind.

Darüber hinaus müssen wir darauf hinwirken, privat betriebene Überwachungskameras auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit zu prüfen und gegebenenfalls deren Betriebserlaubnis zu entziehen. Öffentlicher Raum darf in jedem Fall auch von privaten Kameras nicht erfasst werden.

#### **6) Ergreifen Sie selbst oder ergreift Ihre Partei Maßnahmen, um sich sicher im Internet zu bewegen (z. B. verschlüsselte Mail, Festplatten, etc.)?**

Jeder Mensch, innerhalb und außerhalb der Piratenpartei, ist angehalten, für seine eigene Datensicherheit zu sorgen. Wir unterstützen Menschen, die dies tun wollen dabei, indem wir Informationsabende veranstalten und mit entsprechend ausgerichteten Gruppierungen zusammenarbeiten. Für die Sicherheit unserer innerparteilich genutzten Computersysteme

haben wir eine fähige IT.

**7) Ist die andauernde Kameraüberwachung des öffentlichen Raumes alternativlos? Was bringt die massenhafte und flächendeckende Überwachung von Offline- wie Online-Kommunikation im Kampf gegen Kriminalität? Weshalb wird Ihrer Meinung nach so selten über andere Möglichkeiten der Sicherheitspolitik nachgedacht?**

Überwachung mit Kameras erscheint natürlich als ein bequemer Weg, Aktionismus zu zeigen. Ihre Anschaffung ist viel einfacher und billiger als langwierig die Standards einer Gesellschaft zu verbessern. Zudem täuscht eine öffentlichkeitswirksam installierte Überwachungskamera natürlich auch darüber hinweg, dass in wirklich wichtigen Sicherheitsbereichen massiv gekürzt wird.

Aber nichts ist alternativlos, sofern existierende Alternativen gewollt und gesucht werden. Dass Überwachung nur klägliche Ergebnisse bringt, ist hinlänglich durch Statistiken, Untersuchungen und Evaluationen erforscht worden. Kriminalität kann nicht durch Symbolpolitik bekämpft werden, sondern nur durch gute Bildung, hohe soziale Standards und mehr Personal bei der Polizei für Prävention, Streife und Aufklärung.